

11. MB – 11.06.2022

Kreistagsmehrheit lehnt GRÜNEN Antrag ab:

Solaroffensive in Oberberg nicht gewollt- CDU und FDP sind von gestern

Kaum sind die Wahlkampfstände abgebaut, zeigt die Kreistagsmehrheit in Oberberg aus CDU und FDP, wie ernst es ihr wirklich ist mit dem Klimaschutz.

"Perspektiven schaffen. Chancen nutzen. CDU nennt Wahlkampfthemen: Mit Klima und Wohnungsbau punkten." So überschrieb der WDR am 8. Januar 2022, VOR der Landtagswahl die Versprechen der CDU an ihre Wähler:innen. Doch kaum einen Monat nach der Wahl gelingt es der CDU im Kreistag nicht mehr, sich an ihre Wahlversprechen zu erinnern.

Dazu **Henrik Köstering**, der den Antrag eingebracht hatte:

„Der Grüne Antrag "Solar-Offensive für kreiseigene Gebäude" wurde gestern von der konservativen Mehrheit im Kreistag abgelehnt. Der Antrag hätte der Kreisverwaltung vorgeschrieben, dass diese bei allen Um- und Neubauten Photovoltaik installiert oder, wenn dies nicht möglich sein sollte, den Bauausschuss darüber begründet informiert. Bereits im Bauausschuss (wo nur wir Grünen dafür gestimmt haben) zeichnete sich ab, dass der Antrag abgelehnt werden würde. Begründet wurde die Ablehnung sehr schwach: Man wolle keine Technologie vorschreiben, in allen Kreisgebäuden würde auf Energieeffizienz geachtet und die Verwaltung sei ohnehin schon aktiv.

Dabei kam durch eine Grüne Anfrage zu PV auf Kreis-Gebäuden heraus, dass bisher nur auf 6 der 57 Kreis-Immobilien Photovoltaikanlagen verbaut sind. Die 2012 öffentlichkeitswirksam ausgerufene „Effizienzregion Oberberg“ war leider wenig effizient und wurde 2017 ohne große Feierlichkeiten beerdigt. Dann kam das Programm KUNO, in dem das K für Klima leider auch sehr klein geschrieben wird. Der Oberbergische Kreis ist alles andere als ambitioniert bei den Erneuerbaren Energien und wird seiner Vorbildfunktion bisher nicht gerecht. Da sind viele Bürger schon weiter!“

Wir sind uns aber sicher: trotz Ablehnung wird zukünftig die Kreisverwaltung verstärkt darauf achten, dass überall Photovoltaik zum Einsatz kommt. Die PV-Technologie liefert Strom zu günstigen Kosten und rechnet sich in kürzester Zeit. Das zeigt die Planung der Parkpalette am Hepel, auf der wegen der NRW Solarpflicht auf Parkplätzen eine PV-Anlage gebaut werden muss, die sich innerhalb von 7 Jahren amortisiert. Das zeigt: eine Selbstverpflichtung wirkt, sie muss aber politisch gewollt sein!

Die Fraktionspressestelle